

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen gehen viele Gedanken in die Gebiete in Sachsen und Bayern, die derzeit von einer **Flutkatastrophe** heimgesucht werden. Nach der großen Flut von 2002 müssen wieder Tausende von Menschen ihre Häuser verlassen. Die Katastrophenhelfer von Feuerwehr, THW, Polizei und Bundeswehr sind unermüdlich im Einsatz. Allen Helferinnen und Helfern gebührt unser Dank. Sie leisten Großartiges. Viele Menschen haben Schäden an ihren Häusern zu beklagen und wissen nicht weiter. Sie sollen sich darauf verlassen können, dass mit einem Sofortprogramm geholfen wird. Hier ist der Bund gefordert, rasch zu handeln. Betroffenheitsgesten allein reichen nicht aus.

Das große Thema dieser Woche war das **Drohnen-Debakel**. Klar ist: Mehr als 500 Millionen Euro sind in den Sand gesetzt worden, ohne dass eine flugfähige Drohne geliefert wurde. Klar ist auch: Warnungen durch Ministerialbeamte wurden durch die politische Führung des Ministeriums weggewischt. Blind gegen Probleme und Einwände wurde das Projekt weiter forciert. Seit 2011 ist klar, dass der so genannte Euro-Hawk, der kein Anti-Kollisionssystem hat, im europäischen Luftraum nicht fliegen darf. Außerdem haben die US-Produzenten der Drohne die nötigen Informationen über Bauteile und Montage nicht geliefert. Die Zulassung für den Flugbetrieb war so nicht zu erlangen. Spätestens seit Februar 2012 wussten die Staatssekretäre des Hauses, dass die Zulassung scheitert. Verteidigungsminister de Mazière schob alles auf seine Mitarbeiter – er selbst habe von nichts gewusst. Das zeigt: Der Minister hat sein Haus offenbar nicht im Griff, wenn er jahrelang nicht wusste, was eigentlich passiert ist, und wenn ihn selbst enge Mitarbeiter nicht informierten. Ich frage mich: Worüber spricht ein Minister eigentlich mit seinen Mitarbeitern, wenn



**Berlin-Brief, Ausgabe 140**  
**7. Juni 2013**

*Meine Termine*

**Eröffnung des Neckarfestes Heilbronn**  
7.6.2013, 18 Uhr, Heilbronn, Götzenturmbrücke

**Sommerfest SPD-Ortsverein Obersulm**  
8.6.2013, 16 Uhr, Obersulm-Sülzbach, Am Backhaus, In den Mühlwiesen

**75 Jahre Eingemeindung Neckargartachs**  
8.6.2013, 17 Uhr, Heilbronn-Neckargartach, Innenhof der Peterskirche

**Reichsstadtfest Bad Wimpfen**  
9.6.2013, 11.15 Uhr, Bad Wimpfen

**Europafest Bad Rappenau**  
9.6.2013, 12.30 Uhr, Bad Rappenau, Kurhaus, Fritz-Hagner-Promenade 2

**Sommerfest SPD-Ortsverein Gemmingen**  
9.6.2013, 15 Uhr, Gemmingen, Im Schlosshof

**Integrationsministerin Bilkay Öney bei den Jusos Heilbronn**  
12.6.2013, 18 Uhr, Heilbronn, Café Wilhelm, Schützenstraße 16

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**  
Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



nicht über teure Großprojekte? Die Öffentlichkeit und das Parlament fordern eine umfassende und vollständige Auskunft. Der Minister selbst hat in dieser Woche nicht gerade zur Klärung der Fragen beigetragen. Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Für ein Projekt dieser Größenordnung trägt der Minister die politische Verantwortung – niemand sonst. Er ist deshalb im Amt nicht mehr zu halten.

In der vergangenen Woche hat Kanzlerin **Merkel** versucht, mit **teuren Wahlversprechen** in den Wahlkampf zu starten. Dabei ist sie auf die Schnauze gefallen, denn allen ist klar: Versprechen in Höhe von 28 Milliarden Euro, wie die Presse rechnete, oder gar 45 Milliarden Euro nach Berechnungen der SPD-Fraktion, kann niemand finanzieren. Offensichtlich soll nach Merkels Willen ganz Europa sparen, nur sie selbst nicht. Das ist die Wiederholung des Wahlbetrugs von 2009: Damals haben Merkel und Westerwelle Steuersenkungen in Höhe von 24 Milliarden Euro versprochen. Diese sind niemals gekommen. Jedem Menschen muss klar sein: Merkel will und wird nicht umsetzen, was sie verspricht.

Das wird auch bei der viel diskutierten **Mietpreisbremse** deutlich. Zum 1. Mai ist Merkels Mietrechtsänderung mit Verschlechterungen der Mieterrechte in Kraft getreten. „Kompliziert, streittrüchtig, ungerecht und teilweise überflüssig“, kommentierte der Deutsche Mieterbund. Die Mietrechtsänderung wäre die Möglichkeit gewesen, eine Mietpreisbremse einzuführen, so wie es die SPD seit langem fordert. Merkel dagegen macht eine mieterfeindliche Mietrechtsänderung, nur um direkt danach dann doch ihr Herz für die Mieter zu entdecken. Das ist unseriös und durchschaubar. Merkel will keine gute Politik machen, sondern gibt nur hohle Versprechungen ab. Sie hätte vier Jahre Zeit gehabt, um all das umzusetzen, was sie jetzt verspricht. Vier Jahre ist nichts geschehen. Auch die jetzigen Versprechen werden unerfüllt bleiben.

In dieser Woche hat Peer Steinbrück drei weitere Mitglieder des SPD-Kompetenzteams für die Bundestagswahl vorgestellt: Die Konrektorin der Universität Bremen **Yasemin Karakasoglu** steht für den Bereich Bildung und Wissenschaft. Sie hat sich vor allem mit Interkulturalität befasst. Für sie ist klar: Bildung bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Kaum einer kennt sich im Gesundheitssystem so aus wie **Karl Lauterbach**. Mit seiner ausgewiesenen Sachkenntnis wird er die Vorzüge der Bürgerversicherung glaubhaft und stark herausarbeiten. **Matthias Machnig**, Staatssekretär im Bundesumweltministerium zwischen 2005 und 2009, wird dafür sorgen, dass unsere Idee der Energiewende zu bezahlbaren Strompreisen mehrheitsfähig wird.

Mit freundlichen Grüßen